



Departement für Justiz, Sicherheit
und Gesundheit
Hofgraben 5
7000 Chur

Sent, 30. April 2019

Vernehmlassung zum Entwurf für eine Teilrevision des Gesetzes über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen (KPG, BR 506.000)

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Peyer
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme Teilrevision des Krankenpflegegesetzes danken wir Ihnen bestens. Nachfolgend finden Sie unsere Bemerkungen.

1. Vorbemerkung

Die SVP ist mit dem formellen Vorgehen zu dieser Vernehmlassung betreffend Teilrevision des Krankenpflegegesetzes nicht einverstanden. Mit einem Fragenkatalog werden nur Fragen gestellt, die aus Sicht des Departements wichtig sind. Wir werden deshalb neben diesen Fragen zusätzlich einige Bemerkungen zu dieser Teilrevision anbringen.

2. Allgemeine Bemerkungen

Nach einer Beurteilung der Vorlage sowie des Vernehmlassungsentwurfes gelangen wir zur Schlussfolgerung, dass wir die Vorlage in ein paar entscheidenden Punkten nicht unterstützen können

Für die SVP Graubünden ist es äusserst wichtig, dass die Gemeindeautonomie bewahrt wird. Dies ist in einigen Punkten nicht der Fall. Nachfolgend ein paar allgemeine Begründungen.

Zu den einzelnen Details werden die Fraktionsmitglieder anlässlich der Detailberatung Stellung nehmen.

2.1. Revision fehlt materielle Begründung

Weder die Revisionsvorlage und noch das Leitbild erwähnen, welches heute die konkreten Nachteile in der Erfüllung des Auftrages zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung sind, die eine Revision der gesetzlichen Grundlagen rechtfertigen.

Es gibt in den Revisionsunterlagen überhaupt keinen Hinweis, warum das heute gut funktionierende System, welches auch die regional unterschiedlich gewachsenen organisatorischen, personellen und rechtlichen Voraussetzungen berücksichtigt, mit den neuen Gesundheitsregionen derart umgekrempt werden soll. Kooperationen und Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen sind bereits heute möglich, wie allein das Beispiel im Spitalbereich mit über 90 Kooperationen zeigt. Das funktioniert also heute ohne vorgeschriebene Gesundheitsregionen und ohne organisatorisch-administrativen Überbau mit den neu zu bil-

denden Stiftungen. Und bemerkenswert die Feststellung, dass diese Zusammenarbeit kantonal und somit regionsübergreifend funktioniert. Dieser Weg kann und muss weiter beschritten werden.

In der Revisionsvorlage werden die Synergieeffekte als Grund für die Revision genannt. Die Zusammenarbeit und das Ausnützen von Synergieeffekten können aber regional und überregional auch ohne die vorgesehene Revision erreicht werden, wie einige Beispiele in unseren Kanton zeigen.

Die Teilrevision und die begleitenden Dokumente vermitteln eine obrigkeitliche Denkweise. Es wird ohne stichhaltige Begründung vorgeschrieben, was zu tun ist und wiederholt eine finanzielle Bestrafung angedroht, wenn der Auftrag nicht erfüllt wird.

Die Revision stützt sich gemäss dem erläuternden Bericht v.a. auf das Leitbild zur Organisation der Gesundheitsversorgung im Kanton Graubünden aus dem Jahre 2013. Wir halten fest, dass dieses Leitbild im Kantonsparlament nie besprochen oder gar zur Kenntnis genommen wurde.

2.2. Keine Qualitätsverbesserung

Mit der Revision wird keine Qualitätsverbesserung in der medizinischen Versorgung erreicht. Somit bringt diese Vorlage weder bei den Kosten noch bei der Qualität irgendeine plausibel erklärbare Verbesserung.

2.3. Gemeindeautonomie

Die Gemeinden sind auch in Zukunft im Gesundheitsbereich unverändert für die im Krankenpflegegesetz erwähnten Aufgaben und Finanzierung zuständig.

Der Kanton will nun mit der Auflage zur Bildung von Stiftungen den Gemeinden auch die Organisationsform zur Erfüllung der Aufgaben zwingend vorschreiben.

Das widerspricht klar der strategischen Zielsetzung der Regierung, welche im Rahmen der Gemeinde- und Gebietsreform formuliert wurde: «Die Gemeinden sollen ihre Aufgaben möglichst selbständig, bürgernah, wirksam und kostengünstig erfüllen» (Botschaft Nr. 8 – 2018/2019 – Seite 681). Dazu gehört nicht nur das «Was» sondern selbstverständlich auch das «Wie».

Der Entwurf missachtet also in krasser Art und Weise diese auch vom Grossen Rat anerkannte strategische Zielsetzung. Föderalismus und die Gemeindeautonomie sind in unserem Kanton zentrale staatsrechtliche Grundwerte.

Die Erfahrungen in allen Bereichen zeigen im Weiteren, dass erfolgsversprechende Zusammenschlüsse oder gar Fusionen von unten her ausgehen müssen und nicht von oben diktiert werden dürfen. Diesen Grundsatz hat die Regierung in verschiedenen Bereichen wiederholt selbst festgelegt, wird aber mit dieser Vorlage unverständlichlicherweise nicht beachtet.

2.4. «Vollständige» Kantonalisierung Gesundheitswesen

Wenn diese Revision akzeptiert würde, definiert der Kanton im Gesundheitsbereich, was die Aufgaben der Gemeinden sind (bereits bestehend) und befiehlt diesen neu und bis ins letzte Detail, wie sie diese Aufgaben zu erfüllen haben. Die Kantonalisierung ist damit praktisch vollzogen. Die Bedeutung der Gemeinden wird praktisch auf die Mitfinanzierung reduziert.

2.5. Rechtsfragen

Die Leistungserbringer sind heute in den verschiedensten Rechtsformen organisiert. Die Revisionsvorlage verlangt nun, dass die strategische und operative Führung an die neu zu errichtenden Stiftungen übertragen werden.

Diese schon oben erwähnte unnötige Organisationsstruktur missachtet nun, dass bei den verschiedenen Rechtsformen gesetzlich definierte Aufgaben nicht übertragbar und unentziehbar sind. Es kann wohl nicht sein, dass der Kanton von den Gemeinden verlangt, dass sie Gesetze missachten.

2.6. Fazit

Aus unserer Sicht kann somit zusammengefasst folgendes festgehalten werden:

- Die Revisionsvorlage kann weder mit Kosteneinsparungen noch mit Qualitätsverbesserungen begründet werden;
- Es gibt keinen Grund, in allen und «gesundheitshistorisch» sehr unterschiedlich gewachsenen Regionen die gleichen Normen vorzuschreiben;
- Bestehende Strukturen in den Gemeinden und Regionen werden zerstört, um ein organisatorisch-administrativ komplexes, praxisuntaugliches neues System zu errichten;
- Im heutigen System sind Kooperationen und Zusammenarbeitsmöglichkeiten sehr gut möglich;
- Eine zentralistische Lösung widerspricht dem bündnerischen Verständnis der Gemeindeautonomie und missachtet die vom Kanton selbst wiederholt geäußerte Grundhaltung, dass die Gemeinden ihre Aufgaben grundsätzlich selbst lösen sollen;
- Das Gesundheitswesen wird mit dieser Revisionsvorlage nicht nur materiell sondern auch formell kantonalisiert, wobei die Gemeinden nur noch zu zahlen aber nichts mehr zu bestimmen haben.
- Im Entwurf werden falsche Tatsachen zur Begründung von Massnahmen verwendet;

Aus diesen und nicht abschliessend aufgezählten Gründen muss dieser Vernehmlassungsentwurf nochmals total überarbeitet werden oder allenfalls sogar auf die Revision verzichtet werden.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit der Stellungnahme und die Beachtung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

SVP Graubünden

NR Heinz Brand, Parteipräsident

Reto Rauch, Parteisekretär